



EGÖD-Rundschreiben Nr. 5 (2013)

- An die Mitglieder des ständigen Ausschusses für Gesundheits- und Sozialdienste
- An die Mitglieder des ständigen Ausschusses für Kommunalverwaltungen
- Zur Information an alle Gewerkschaften mit Mitgliedern im Sektor Gesundheits- und Sozialdienste und im Sektor Kommunalverwaltungen
- An die Mitglieder des Exekutivausschusses
- Zur Information an die Mitglieder des PSI-Vorstandes

REF. CFP/MM/ec

Kontaktperson: Carola Fischbach-Pyttel und Mathias Maucher

Brüssel, 6. Februar 2013

Wichtige Aktivitäten, Ergebnisse und Prioritätsthemen für den EGÖD im Bereich soziale Dienstleistungen (2010-2012)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der Anlage findet ihr eine Übersicht über unsere wichtigsten Aktivitäten, behandelten Themen und vom EGÖD zwischen 2010 und 2012 veröffentlichten Unterlagen, zusammengestellt im Januar 2013.¹

Es ist uns nicht zuletzt deshalb an der Veröffentlichung dieses Berichtes gelegen, weil u.a. BusinessEurope² im Rahmen einer aktuellen Initiative ein aus ihrer Sicht vorbildliches Modell einer „öffentlich-privaten Partnerschaft in der Sozialpolitik im gemeinsamen Interesse“ propagiert. Sie wollen sich einsetzen für „Effizienz bei der Erbringung von Sozialdienstleistungen,“ „Kosteneffektivität bei öffentlichen Ausgaben“ und „Zugang zu hochwertigen und bezahlbaren Sozialdienstleistungen für alle“. Am 29. Januar 2013 wurde ein Arbeitsfrühstück veranstaltet, um erste Ideen zu präsentieren und Kontakte zu anderen Stakeholdern herzustellen (<http://www.epsu.org/a/9261>). Der EGÖD sieht es als seine Aufgabe an, auf diese und ähnliche Versuche zu reagieren, für die Erbringung von Sozialdienstleistungen marktwirtschaftliche Grundsätze durchzusetzen. Wir sehen einen eindeutigen Trend in Richtung eines „Zweiklassen-Systems“ bei der Erbringung von Sozialdienstleistungen mit einer besseren Dienstleistungsqualität und schnellerem Zugang für alle diejenigen, die in der Lage und bereit sind, mehr aus eigener Tasche zu zahlen. Auf Grundlage unserer Erfahrungen mit der privaten Erbringung von Dienstleistungen wehren wir uns gegen diese Entwicklung. Kommerzielle Anbieter sind darauf aus, die finanziell attraktiveren Bereiche des „Marktes für Sozialdienstleistungen“ für sich abzuschöpfen und den weniger lukrativen Bereich den Behörden und den Organisationen der Sozialwirtschaft zu überlassen. Ihr Interesse daran, in den „Markt für Sozialdienstleistungen“ einzusteigen, wird durch zumindestens unklare, von der Europäischen Kommission unterstützte politische Rahmen motiviert. Die Kommission unterstützt teilweise offen, teilweise indirekt die Entstehung transnationaler Märkte und deren Regulierung auf Ebene der EU im Bereich der Gesundheits- und Sozialdienste

¹Wir werden in den Sitzungen der ständigen Ausschüsse HSS und LRG im März 2013 sowie auf der Tagung unseres Exekutivausschusses im April 2013 auf diese Übersicht zurückkommen.

²Europäischer Industrie- und Arbeitgeberverband

mit entsprechenden politischen Maßnahmen, EU-Rechtsvorschriften und finanzieller Hilfe. Eine wichtige Rolle bei der Erbringung von Dienstleistungen sollen Organisationen der Sozialwirtschaft und kommerzielle Anbieter übernehmen, während der öffentliche Sektor zumindestens „vergessen“, wenn nicht sogar völlig übergangen wird.

Auf EU-Ebene gibt es eine anhaltende Debatte über einen Rechtsrahmen, einen politischen Rahmen und einen Qualitätsrahmen für Sozialdienstleistungen als Teil der „Dienstleistungen von allgemeinem (wirtschaftlichem) Interesse“. In den vergangenen Jahren hat die Europäische Kommission hinsichtlich der Qualität sozialer Dienstleistungen mehr Profil gewonnen und gemeinsam mit Mitgliedstaaten und anderen Stakeholdern einen freiwilligen Qualitätsrahmen der EU für Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse (SDAI) ausgearbeitet. Sie hat ebenfalls Leitlinien zur Anwendung des Gemeinschaftsrechts (staatliche Hilfen, öffentliche Auftragsvergabe, freier Dienstleistungsverkehr) im Bereich sozialer Dienstleistungen veröffentlicht und vor kurzem aktualisiert. Zwischen 2007 und 2010 wurden drei Foren zum Thema Sozialdienstleistungen veranstaltet. 2011 gab es erste Initiativen, um europäische Standards/technische Spezifikationen im Bereich der Sozialdienstleistungen zu erarbeiten (zunächst betreutes/begleitetes Wohnen für SeniorInnen). Der EGÖD hat sich daran beteiligt und in unterschiedlicher Weise versucht, Inhalt und Form dieser Initiativen zu beeinflussen.

In den Mitgliedstaaten gibt es einen Trend in Richtung Vermarktlichung und Kommerzialisierung von Sozialdienstleistungen, die verstärkt vom privaten Anbietern erbracht werden. Diese Entwicklung hat lange vor Ausbruch der Wirtschafts- und Sozialkrise eingesetzt. In mehreren Mitgliedstaaten erleben wir infolge der Sparpolitik Ausgabenkürzungen und Stellenabbau. Die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung zur Erbringung sozialer Dienstleistungen wird durch die Gesetze und die kommunalen und regionalen Behörden definiert. Die BürgerInnen machen sich Sorgen um die Bezahlbarkeit dieser Dienstleistungen, ihre flächendeckende Verfügbarkeit, ihre Erbringung durch eine ausreichende Zahl qualifizierten Personals, die Rechte der NutzerInnen usw. Der EGÖD hat sich nachdrücklich für die Gewährleistung dieser Ziele eingesetzt und verteidigt die Mechanismen und Systeme solidarisch finanzierter Sozialdienstleistungen. Für den EGÖD ist auch die Förderung guter Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen sowie des Grundsatzes des gleichen Lohns für gleichwertige Arbeit in einem Sektor wichtig, der durch einen hohen Anteil weiblicher Beschäftigter gekennzeichnet ist.

Wir haben erneut zahlreiche dieser Fragen in unserem Beitrag zur Konsultation über personenbezogene Dienstleistungen und Dienstleistungen im Haushalt (im Juli 2012) und in unserem Standpunkt zu SDAI (März 2011) angesprochen. Angesichts der Haushaltskürzungen und der Versuche privater Anbieter, sich einen zunehmend größeren Anteil im Markt der sozialen Dienstleistungen zu sichern, erleben unsere KollegInnen, wie die Grundsätze der Universalität und des bedürfnisgerechten Zugangs zunehmend unter Druck geraten. Gleichfalls berichten sie über Risiken für die Dienstleistungsqualität und die Arbeitsqualität. Die EGÖD-Mitglieder kämpfen für „gute Arbeitsplätze“ und eine Absicherung der ArbeitnehmerInnen in Sozialdiensten durch Kollektivverträge. Wir sind der Auffassung, dass Sozialdienstleistungen auch in Zukunft eine gemeinsame Aufgabe mit einer solidarischen Finanzierung sein sollen. Dieser Grundsatz muss für alle Anbieter gelten, ob öffentlich oder privat. Mit unserer Arbeit setzen wir uns deshalb für den Zusammenhalt unseres Sektors ein. Aus den gleichen Gründen prüft der EGÖD die Möglichkeiten für die Einsetzung Europäischer Betriebsräte und beteiligt sich an deren Gründung, damit ArbeitnehmerInnen in

multinationalen Unternehmen im Bereich Sozialdienstleistungen ihr garantiertes Recht auf Anhörung und Unterrichtung wahrnehmen können.

Wir hoffen, dass die Übersicht für euch von Interesse ist und dass ihr sie an KollegInnen weiterleitet, die in eurer Organisation mit dieser Thematik befasst sind. Wir selbst verfügen damit über eine gute Möglichkeit, Profil zu zeigen, unsere geleistete Arbeit vorteilhaft darzustellen und auch die Aufgabe des EGÖD als Gewerkschaftsverband zu untermauern, der für soziale Dienstleistungen zuständig ist und sich für die Beschäftigten in diesen Diensten einsetzt - unterstützt durch Aktivitäten unserer Mitglieder zur Erweiterung ihrer organisatorischen Basis und der Abdeckung des Sektors durch den sozialen Dialog und Kollektivvereinbarungen. Dieses Schreiben und die Übersicht werden ins FR, DE, ES, RU und SV übersetzt (siehe <http://www.epsu.org/a/9089>, daneben gibt es eine kürzere Version der Übersicht nur auf EN).

Mit den besten Grüßen



Carola FISCHBACH-PYTTEL
EGÖD-Generalsekretärin